

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Gründungsnummer Nr. 55.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Gründungsnummer Nr. 55.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Telegraphische Adressen.

Postfach-Adressen 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4 gepaltene Zeile 4.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 206

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Donnerstag, 8. September 1921 (Maria Geb.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Der Augenblick zur Sammlung.

Die innerpolitische Lage ist zweifellos sehr gespannt. Die alte verhängnisvolle Scheidung unseres Volkes in zwei extreme Lager hat in den letzten Tagen wieder unheimliche Fortschritte gemacht. Hiergegen muß sich der Vaterlandsfreund mit allen Mitteln stemmen. Augenblickliche Gefahren innerer und äußerer Art drohen vermehrt, wenn der starke Mittelkurs auch nur einen Augenblick gefährdet ist. Ganz abgesehen vom Bürgerkrieg muß die in diese Zeit fallende Entscheidung über die Obersten unserer Haltung bestimmen. Sie soll die Arbeiten der Regierung und der Parlamenten nicht vergeblich gewesen sein, in diesem Augenblick den Eindruck eines gescheiterten Versuches zu hinterlassen. Es läge durchaus im Plane der Feinde Deutschlands, wenn durch den Meuchelmord an Erzberger wieder einmal eine innerpolitische Situation geschaffen wäre, die den alten deutschen Parteihader hindert, an die außenpolitischen Notwendigkeiten zu denken.

Nichts ist im Augenblick wichtiger, als die Gedanken möglichst breiter Kreise auf dieses vaterländische Ziel der Sammlung zu lenken. Einige Fortschritte scheinen in dieser Hinsicht schon gemacht. Die Erklärungen der deutschen Volkspartei haben die innerpolitische Lage um ein wesentliches geklärt. Die „Zentrums-Parlamentarische Korrespondenz“ schreibt darüber u. a. folgendes:

Jüngst hat im parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Abg. Dr. Rahl erklärt, daß die deutsche Volkspartei zur republikanischen Verfassung stünde und der Regierung das Recht zuerkennt, die Republik mit allen Mitteln gegen eine gewalttätige oder verheerende Agitation von rechts oder links zu verteidigen.

Es mag zu weit gehen, wenn man in diesem Bekenntnis, des Abg. Dr. Rahl eine Preisgabe der grundsätzlichen Stellungnahme der deutschen Volkspartei zur Monarchie erblicken will. Uns erscheint viel wichtiger die Tatsache an sich, daß die deutsche Volkspartei gewillt ist, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen, und daß bereit ist, die Verfassung zu schützen und positive Arbeit am Wiederaufbau unseres Volkes zu leisten.

Jüngst haben die Ausführungen des Abg. Dr. Rahl durch den Führer der D. Vp. Dr. Stresemann eine bemerkenswerte Ergänzung gefunden. Abg. Stresemann hat erklärt, er sei Monarchist und bleibe es, aber über dem Gedanken des Bekenntnisses zur Monarchie stehe der Gedanke, daß Volk und Vaterland nicht leiden dürfen und wir uns durch neue Bürgerkriege gereizen. Die D. Vp. stellt dazu fest: Das ist nur zu wahr. Diese Ausführungen des Abg. Dr. Stresemann in Verbindung mit denen des Abg. Dr. Rahl, zu denen auch noch Ausführungen der parteiunabhängigen national-liberalen Korrespondenz kommen, die ebenfalls erklärt, daß die deutsche Volkspartei auf dem Boden der verfassungsmäßigen Grundlage des Reiches steht, scheinen nun doch eine Gewähr dafür zu bieten, daß endlich der Gedanke verwirklicht wird, den die Zentrumsfraktion des Reichstages in den letzten Jahren mit allen Mitteln zu erreichen bestrebt war: Die Zusammenfassung aller im verfassungsmäßigen Leben stehenden Kräfte unseres Volkes, die bereit sind, mitzuwirken am Wiederaufbau des Vaterlandes.

Nun kommt es allerdings nicht auf die deutsche Volkspartei und auf die bisherigen Regierungsparteien, sondern auch auf die Sozialdemokratie an. Aber auch innerhalb dieser Partei haben offenbar diejenigen Kreise an Einfluß gewonnen, die zu einem Zusammenarbeiten mit der deutschen Volkspartei im Rahmen der bisherigen Koalition bereit sind. An dem guten Willen der deutschen Volkspartei ist nach den erwähnten Ausführungen ihrer Führer ein Zweifel wohl nicht mehr zulässig. Es ist zu hoffen, daß die verständigen und vernünftigen Kreise innerhalb der Sozialdemokratie in der Lage sein werden, sich durchzusetzen gegenüber jenen Kreisen in ihrer eigenen Partei, die sich nicht über einen engherzigen Parteipunkt erheben, die letzten Endes nichts anderes tun, als was sie der Rechten vorwerfen, nämlich Parteinteressen über das Gesamtwohl zu stellen.

Man mag dieses Urteil für optimistisch halten. Tatsache ist, daß wir vom Zentrum immer wieder diese Sammlungspolitik betrieben haben und betreiben müssen, um endlich die politische Geistesverfassung unseres Volkes auf jene reize Höhe zu bringen, die Wesentliches vom Formellen zu unterscheiden vermag und danach in erster Linie ihre Haltung bestimmt.

Sehr bemerkenswert läßt sich auch die dem industriellen Flügel der D. Vp. nahestehende „Kölnische Zeitung“ hören, wenn sie die Gemeinschaftsarbeit besonders nach der wirtschaftlich-sozialen Seite mit folgendem betont:

Die Tat muß folgen. Die Partei des Westes muß anerkennen, daß der West verpflichtet ist, sich in Gegenmaßnahmen zu dem Wirtschaftlichen Steuerprogramm, das sie wegen seiner Ordnungsgültigkeit verwirft, auf klarste den De-

Für eine starke Politik der Mitte.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 8. Sept. Der Berl. Vol.-Anz. meldet aus Wien (Regierungsbezirk Kärnten): Die Frau des Bergmannes Redi schnitt in einem Anfall von Geistesföhrung ihren drei Kindern mit einem Messer die Kehle durch. Der älteste Sohn versuchte zu entfliehen, wurde aber von der Rasenden eingeholt und ebenfalls getötet. Man brachte die Frau zur Polizeiwache, wo sie sofort in einen tiefen Schlaf fiel. Als sie wieder erwachte, war ihr jede Erinnerung an das Vorgefallene verschwunden.

Berlin, 6. Sept. Amerikanische Berichterstatter melden, daß der erste Zug mit amerikanischen Liebesgaben, der für Moskau bestimmt war, an der Grenze von Estland bei Jamburg von Roten Truppen beschlagnahmt worden sei.

Berlin, 8. Sept. Das Berliner Tageblatt meldet aus Belgrad: Im benachbarten Darfo entstand auf unaufgeklärter Weise Großfeuer, das in kurzer Zeit 18 Gebäude, Scheunen, Ställe und Wohnhäuser einäscherte und die gesamten Getreidevorräte vernichtete. Man vermutet Brandstiftung.

Notterdam, 8. Sept. Gestern nachmittag ereignete sich bei Rotterdam ein schweres Autounfall. Ein neuer Wagen wurde mit einer Schnelligkeit von 100 Kilometer probiert. An einer Wegkurve stürzte er um, wobei ein Ingenieur und ein Monteur sofort getötet und der Chauffeur lebensgefährlich verletzt wurde.

Paris, 6. Sept. Der Geschäftsführer des Rates der anarchoischen Jugend, Barrell, ist von der Pariser Strafkammer wegen Aufreizung zu schweren Verbrechen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden.

Paris, 7. Sept. Bei einer Meuterei an Bord des Dampfers „Chester-Rivans“ auf der Höhe von Newport wurden 60 Mann verletzt.

London, 7. Sept. Mehr als 300 in Taur verhaftete aufständische Koplja wurden von Beamten, die gemäß den Bestimmungen des Standrechts als Richter bestellt sind, wegen Plünderung und Beschädigung von Eisenbahnen zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Mailand, 8. Sept. Das Dorf Rolto, ein bekannter Kurort, ist durch Feuer zerstört. Über 120 Häuser sind verbrannt. 700 Personen wurden obdachlos.

Neuburg, 6. Sept. Die Bundestruppen haben dem Bergarbeiter-Aufstand in West-Virginien ein Ende gemacht. Mehrere Hundert Aufständische wurden umgelegt und entwaffnet, andere zerstreut.

Stegerwald über die Lage.

Berlin, 7. Sept. In einem Interview mit dem Chefredakteur des Blattes „Der Deutsche“ machte der preußische Ministerpräsident Stegerwald u. a. folgende Ausführungen:

Die gegenwärtige politische Lage sieht sehr verunsichert aus. Es läßt sich trotzdem auf eine einfache Formel bringen. Die Sozialdemokraten kämpfen für eine Verklärung der Linien, während Zentrum und Demokraten sich gegen die Zerreißung der Mitte einsetzen. Gabelte es sich bei diesen Auseinandersetzungen bloß um mehr Brot für die breiten nicht besitzenden Volkschichten, dann stände ich unbedingt an der Seite der Sozialdemokraten.

Ich halte für das nächste Jahrzehnt eine starke Mitte für eine deutsche Lebens- und Geistesfrage. Was später wird, ist nicht in erster Linie Sache von heute.

Eine Rechtsmehrheit bedeutete bis auf weiteres einen unerbittlichen innerpolitischen Druck und die latente Frage des Bürgerkrieges im Innern.

Eine Linksmehrheit würde meines Erachtens im ersten Jahrzehnt ins Chaos führen. Die sozialistischen Parteien allein können die Schwere der an das deutsche Volk herangetragenen Aufgaben weder ertragen noch meistern. Was wir brauchen ist Ruhe und Stetigkeit in der deutschen Politik, die nur durch eine kompakte Mitte, einschließlich eines starken Arbeiterflügels, erreichbar ist.

Auf die Frage: Was sagen Sie zu dem Streik um Monarchie und Republik? erwiderte Steger-

wald: Einstweilen hat, um leben zu können, das deutsche Volk Werkstatte zu leisten. Man halte sich also auf der einen Seite frei von Illusion und auf der anderen Seite frei von Nervosität, und wir sind ein großes Stück weiter. Das heute nicht an eine Monarchie gedacht werden kann, ist Gemeingut von mindestens 80 Prozent des deutschen Volkes. Es fällt heute nicht schwer, im Reich und in Preußen einen starken Koalitionsblock zu schaffen, der willens ist, die gegenwärtige Verfassung mit allen staatlichen Mitteln nach allen Seiten hin zu verteidigen.

Bayern und das Reich.

Erfolgreiche Verhandlungen?

Berlin, 8. Sept. Zu den Botschaften zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Delegation schreiben die Blätter, daß alle Zeichen dafür sprechen, daß auf beiden Seiten der erste Wille vorhanden ist, die vorhandenen Differenzen auszugleichen. In einem Münchener Telegramm der bayerischen Zeitung heißt es, daß die bayerische Delegation in Berlin gemäß den Beschlüssen des Ministerrates vom 5. Sept. die Verordnung des Reichspräsidenten betr. Zeugungs- und Versammlungsverbot anerkennen soll, sofern die Durchführung der bayerischen Behörden überlassen bleibt und den verbotenen Zeitungen die Herausgabe einer richterlichen Entscheidung ermöglicht wird. Dagegen ist der Abordnung nicht gestattet, über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu verhandeln. Sie ist vielmehr beauftragt, der Reichsregierung noch darzulegen, daß vom bayerischen Regierungspunkt aus dieser Ausnahmezustand eine unbedingte Notwendigkeit darstelle. Ungünstige Abmachungen wird die bayerische Abordnung nicht zu treffen haben, vielmehr bleibt die letzte Entscheidung der bayerischen Regierung selbst überlassen.

Eine bayerische Stimme.

München, 8. Sept. Die Bayerische Staatszeitung schreibt in ihrer gestrigen Abendausgabe: Die Lage ist nach unseren Informationen so, daß begründete Aussicht besteht, die schwebenden Differenzen zwischen Berlin und München auszugleichen, umso mehr, als bei den Koalitionsparteien, vor allem auch bei der bayerischen Volkspartei, die Meinung besteht, daß es unter keinen Umständen zu einem Bruch mit dem Reich kommen dürfe. Andererseits ist aber auch nach unserer Kenntnis der Dinge in Berlin der Wille vorhanden, Bayern so weit als möglich entgegenzukommen, wobei allerdings erwartet werden muß, daß die bayerischen Notwendigkeiten in Berlin entsprechend gewürdigt werden.

Die deutsche nationale Volkspartei.

Berlin, 8. Sept. Der Sozialanarchist berichtet über die gestrige Botschaft der deutschen nationalen Parteiführer mit der Reichsregierung, Gerhart hat betont, die deutsche nationale Volkspartei sei eine Partei des Rechtes. Sie stehe durch aus auf dem verfassungsmäßigen Boden und erkenne vollständig an, daß die bestehende Verfassung gegen gewalttätige Verletzungen mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen sei.

Die vorliegende Verordnung verstoße aber gegen den Artikel 109 der Verfassung, indem sie Gewalttätigkeiten nur dann verfolge, wenn sie sich gegen Vertreter einer bestimmten politischen Auffassung richten. Die einseitige Tendenz der Verordnung sei noch verstärkt worden durch verschiedene Reden des Reichskanzlers und durch die von der Regierung geduldeten allgemeinen Gehe gegen Rechts. Der Abgeordnete fragte zum Schluß, ob die Regierung imstande sei, irgendwelches Material vorzulegen, welches die deutschnationale Volkspartei belaste. Andernfalls verlange er eine entsprechende öffentliche Erklärung.

Staatssekretär Bergmann.

Berlin, 7. Sept. Zum 1. Septemehr wurde dem Vorsitzenden der deutschen Kriegskassenkommission, Staatssekretär Karl Bergmann im Reichsfinanzministerium, die von ihm nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienst erteilt. Der Reichspräsident dankte ihm in einem

besonderen Handschreiben für die Verdienste, die er sich in seiner Stellung als Vorsitzender der deutschen Kriegskassen-Kommission um das Vaterland erworben hat.

Zum Mord an Erzberger.

Ein weiterer Brief.

Berlin, 7. Sept. Der B. Z. am Mittag ist heute mittag folgender Brief zugegangen:

Berlin, 6. September 1921.

Sehr geehrte Redaktion!

Es ist nicht nötig, meinen Namen zu veröffentlichen, ich reise noch heute ins Ausland. Ich bin kein Monarchist, aber ein alter Soldat, der, was er mit seinem Blute bezahlt, nicht von Kapitalverfälschern zerstören läßt. Die Riste der Schuldigen ist noch sehr groß.

Franz Riese aus dem schönen Düsseldorf.

In der Unterschrift ist der Name Riese nachträglich ausgeschrieben. Dieser Brief ist auf den ersten Blick als von der Hand geschriebener erkennbar, die die Eintragung Franz Riese, stud. jur. Düsseldorf, in das Fremdenbuch des Gasthofes in Oppenau gemacht hat. Der Brief ist gestern abend zwischen 5 und 6 Uhr im Bereich des Postamts W. 7 aufgegeben. Ist der Brief echt (die Feststellung darüber liegt bei der Postbehörde), so würde das wenigstens den Beweis bringen, daß sich die Mörder Erzbergers oder wenigstens einer von ihnen in Berlin gestern aufgehalten hat. Mit diesem Briefe, seine Echtheit vorausgesetzt, wäre der Beweis erbracht, daß es sich bei dem angeblichen Franz Riese auf keinen Fall um einen Angehörigen der akademischen Kreise handeln kann, denn der Brief läßt grammatisch und orthographisch zu wünschen übrig.

Die Goldmilliarde.

Paris, 6. Sept. In einer amtlichen Havas-Note wird vorbehaltlich einer endgültigen Nachprüfung bestätigt, daß Deutschland die am 31. August fällige Milliarde Goldmark gezahlt hat. Es ist die Goldmilliarde, um die bereits ein lebhafter Zank innerhalb der Entente entzündet hat.

Der Völker-Verein.

Genf, 7. Sept. Der erste Ausschuss der Völkerbundsversammlung lehnte in seiner ersten Sitzung vom heutigen Tage den bekannten argentinischen Antrag auf Aufnahme aller selbständigen Staaten in den Völkerbund ab. Bekanntlich verließ schon im vorigen Jahre Argentinien die Versammlung, weil sich befürchtete, daß seine Aussicht auf Annahme des Antrages bestand. Der Antrag hat ein Jahr lang die Kommission beschäftigt, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde. Die argentinische Delegation ist bisher noch nicht eingetroffen.

Kritiker.

London, 7. Sept. Der Gewerkschafts-Kongress in Cardiff nahm eine von Charles begründete Entschließung an, in der gefordert wird, daß der Völkerbund derart umgestaltet werde, daß er Gelegenheit für eine allgemeine demokratische Vertretung aller Nationen bietet. Weiter heißt es darin, der Friede könne nur gesichert werden durch Schaffung einer internationalen Körperschaft, die das Vertrauen der Bevölkerung eines jeden Landes besitzt, das nur gewonnen werden könnte durch angemessene direkte Vertretung der Arbeiterparteien im Völkerbunde.

Angora nicht besetzt.

Paris, 7. Sept. Einer Havas-Meldung aus Konstantinopel zufolge besagen die letzten Nachrichten von der Front, daß die Griechen nach achtstägiger Schlacht auf der Sangariosfront ungefähr sieben Kilometer vorgegangen sind. Die Verluste würden auf etwa 20 000 Mann geschätzt. Die Nachhut von der Befestigung Angoras sei unbegründet. Gegenwärtig seien die Griechen noch etwa 50-70 Kilometer von dieser Stadt entfernt. Der Widerstand der Türken dauere an. Die Heftigkeit des Kampfes habe neuerdings nachgelassen.

Die rechtliche Angelegenheit wie den Achthunderttag in die Rechnung einsehen möchte.

In diesen Ausführungen liegt deutlich ein hohes Maß politischen Weitblickes und Gemeinschaftsdenkens. Wir erwarten von allen gesunden Kräften des deutschen Volkes, daß sie in diesem Augenblicke nicht veräumen, damit wir endlich aus dem Gefängnis für die deutsche Republik in eine mächtige, tatkräftige Arbeit für das deutsche Vaterland eintreten.

55. Fig.

Pld. 320

375

350

250

250

320

400

2800

Pld. 1100

300

575

750

650

1000

450

400

Pld. 375

10 Pld. 360

aus

strasse 1.

Apollo-Theater

Neuß.

Täglich 7 1/2 Uhr:

Zwangs-

Einquartierung

Stenographie,

Maschinenschrift,

Handschreiben,

Einzelkurse,

St. Grotzer, Lehrerin,

Bismarckstraße 28 I.

7 Min. vom Hauptbahnhof

kalendar.

terpore, Donnerstag abend

Verteuerungs-Sitzung

hinner.

nterprete, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

terpore, (Zentral-Kran-

nnstag ist von 11-12 Uhr

Dr. J. Schmitz, Oberkammer.

